

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauschstraße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13088.

Inserate kosten die 7zeilige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck in Leipzig, Tauschstraße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Reichstag tritt heute wieder zusammen.

Die Budgetkommission des Reichstags beendete gestern die erste Lesung der Heeresvorlage. Eine Aussprache über die weitere Behandlung der Heeres- und Deckungsvorlagen ergab Uebereinstimmung dahin, daß erst die Fraktionen Stellung nehmen sollen.

Dem Reichstag ging der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu, der die Presse der Diktatur der Militärbehörden anzukämpfen sucht.

Der in Mannheim tagende Deutsche Friedensbund nahm gegen die von den deutschen Regierungen geförderte „Jugendberziehung“ der Jungdeutschlandbündler eine scharfe Protestresolution an.

Die belgische Regierung hat die Kommission für die Wahlreform eingesetzt.

Der französische Finanzminister fordert rund 200 Millionen neuer Steuern.

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Griechen und Bulgaren mehren sich.

Serbien fordert von Bulgarien eine Aenderung der Bestimmungen des Bündnisvertrages, die die Verteilung der eroberten Gebiete regeln. Bulgarien lehnt diese Forderung ab.

Militarismus und Lieferantenprofite.

Leipzig, 27. Mai.

Die Enthüllungen über das Treiben der Firma Krupp haben die Fragen, die mit Militärlieferungen zusammenhängen, besonders aktuell gemacht. Ein ganzer Rattenkönig von Fragen, die für die Regierungen wie für die Kapitalisten höchst peinlich sind, taucht vor dem braven, steuerzahlenden Staatsbürger auf. Am trassesten ist jedenfalls die Tatsache vermerkt worden, daß die Lieferanten von Mordwerkzeugen nicht nur den mutmaßlichen Gegner des geliebten Vaterlandes bedienen, sondern auch bemüht sind, die Rivalität der Länder bei der Vermehrung und Hervollkommnung der Waffen anzuspornen. An zweiter Stelle steht dann die Bewucherung des Staats durch die Lieferanten. Die hiermit zusammenhängenden Fragen sind recht zahlreich. Denn man muß sich gegenwärtig halten, daß es keineswegs nur die „großen Tiere“ sind, die hier ihren Schnitt machen. Freilich, wenn die Firmen Krupp und Stumm jahrelang

an jeder Tonne Panzerplatten, die sie für die deutsche Marine lieferten, einen Extraprofit von 400 Mk. herausklugten und allgemein dabei einen Profit von über 100 Prozent erzielten, so ist das eine besonders auffällige Affäre, die viel Staub aufwirbelt. Indessen bei allen Lieferungen ist das nicht viel anders. Ob es sich nun um Kasernenbauten oder Festungsbauten, um Lieferung von Geschützen oder Gewehren, um Tuch für die Uniformen oder um Heu für die Häule handelt, überall ist es „Geschäftspraxis“, daß der Staat hohe Preise zahlt, bedeutend höhere Preise, als sie sonst üblich sind. Man braucht dabei keineswegs zu denken, daß es sich um Korruption handelt, daß die Beamten, die mit den Lieferanten Verträge abschließen, unredlich sind. Diese Dinge kommen vor, wie die hin und wieder angestrengten Prozesse beweisen. Aber im allgemeinen bleiben derartige korrupte Beamte doch wohl Ausnahmen in Deutschland. Dagegen ist es eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß ganz besonders die Marine- und Militärbehörden von einer rührenden Ahnungslosigkeit und Hilfslosigkeit im Verkehr mit den gerissenen Profitmachern. Wäre dem nicht so, dann hätte die Panzerplattenaffäre niemals vorkommen können, ebenso wie es undenkbar wäre, daß jahrzehntelang das Monopol der Firma Krupp auf Geschüßlieferungen nicht zu brechen war.

Weil aber die Dinge so liegen, daß zweifellos die Lieferanten aller Art mit dem Militärfiskus so glänzende Geschäfte machen, ist die bürgerliche Presse auch so eifrig bemüht, über die neuesten Standale möglichst „vornehmes“ Stillschweigen zu beobachten. Es haben zu viele hochachtbare Profitmacher ein Interesse daran, daß die staatlichen Lieferungen ein lukratives Geschäft bleiben.

Ob im allgemeinen gegen diese Uberteuering bei der Lieferung Abhilfe geschaffen werden kann, mag fraglich erscheinen. Gelegentlich der Gänereien, die bei der Kriegerwerft aufgedeckt wurden (dort handelte es sich allerdings nicht um Uebervorteilung des Staats bei Käufen, sondern bei Verkäufen des Utmaterials), war viel die Rede vom Fehlen des „kaufmännischen Geistes“ in der Verwaltung; diesen Geist wollte man ihr eingestößt wissen. Das ist nun leichter gesagt als getan. Der Staat macht Handelsgeschäfte großen Stils bei seinen Einkäufen, aber er kann trotzdem nicht nach kaufmännischen Grundätzen verfahren, weil dazu der ganze Apparat zu schwerfällig ist und nur schwer so umgestaltet werden kann, daß dem Uebel abgeholfen wird. Aber mit dem „kaufmännischen Geist“ allein ist es auch nicht getan in einer Zeit, wo der Zusammenschluß der kapitalistischen Interessenten die Regel bildet. Der Militärfiskus ist ziemlich machtlos, wenn er einem festgeschlossenen Ring der Bauunternehmer, der Tuchfabrikanten, der Gerbereibesitzer, der Gewehrfabriken gegenübersteht. Das einzige Mittel, billige Lieferungsangebote herbeizuführen, ist die öffentliche Ausschreibung, die Submission, wobei jener Unternehmer den Zuschlag erhält, der den niedrigsten Preis fordert. Aber es ist längst erwiesen, daß in der Zeit der Kartelle und Ringe dieses Mittel versagt. Die Warenwucherer haben es in der Handhabung der Submissionen zu wahrer Virtuosität gebracht. Man vereinbart den Preis, der gefordert werden soll; zu diesem Preise macht eine bestimmte Firma eine Offerte, während alle andern Scheinofferten einreichen, die

höhere Preise vorsetzen. Die Firma, die den Zuschlag erhält, entzähndigt dann die übrigen.

Somit wäre das einzige Mittel, daß der Staat sich unabhängig macht von den privaten Unternehmern, indem er zur Selbstproduktion greift. Da er einen Riesenbedarf an verschiedenen Produkten hat, so könnte er dieses Verfahren sehr wohl durchführen. In kleinem Maßstabe geschieht es ja. Es gibt staatliche Betriebe, in denen Gewehre hergestellt werden, es gibt eine staatliche Werft, die allerdings keine Kriegsschiffe baut, sondern nur Reparaturen vornimmt, es werden Uniformen und Schuhwerk in eigener Regie hergestellt. Einen Grund, warum nicht Kasernenbauten und Festungsbauten ausschließlich in eigener Regie ausgeführt werden sollen, warum nicht staatliche Tuchwebereien, Schuhfabriken, Gerbereien bestehen könnten, ist nicht einzusehen. Selbst der enorme Bedarf an Nahrungsmitteln und Pferdesutter könnte von den staatlichen Domänen geliefert werden. Daß dem Staate nicht die Menschen zur Leitung solcher Betriebe zur Verfügung stehen, ist einfach eine der vielen liberalen Lügen. Denn so gering wir auch von der bestehenden Gesellschaft denken, brauchen wir doch nicht zu glauben, daß bei anständiger Bezahlung nicht Techniker aller Art zur Genüge vorhanden wären, die mit allem Pflichteifer ihre Arbeit verrichten würden. Und daß bei solchem staatlichen Betriebe durch den Fortfall aller Profite der kapitalistischen Produzenten und Zwischenhändler enorme Ersparnisse gemacht werden können, liegt auf der Hand. Es würde eine Reduktion der Kosten des Militarismus und Maximismus um ein Drittel und mehr eintreten, denn sicher ist in den Preisen, die der Staat für den Heeresbedarf zahlt, ein Drittel und mehr Profitteil der Kapitalisten.

Der Einwand von bürgerlicher Seite ist, daß der Staat nicht die steuerzahlenden Bürger um ihre Existenz bringen darf. Aber darauf kommt es ja eben an, daß die steuerzahlenden Massen geschöpft werden, um einer Handvoll Lieferanten übermäßige Profite zuzuschlagen! Der zweite Einwand ist, daß die Zahl der vom Staate abhängigen Menschen übermäßig steigt. Dieser Einwand ist allerdings von großer Bedeutung und muß die Proletarier misstrauisch gegen die Verstaatlichung machen. Nur dann, wenn der Staat tatsächlich demokratisch verfaßt wird, wenn den Angestellten und Arbeitern der staatlichen Betriebe das uneingeschränkte Koalitionsrecht gewährt ist, kann der Gefahr der Abhängigkeit begegnet werden.

Indessen tritt heute die Frage der Waffenlieferungen besonders in den Vordergrund. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Staat das Volk ausraubt, um die Rüstungen auf den Gipfel zu treiben und es gleichzeitig duldet, daß die Kapitalisten die eventuellen Gegner, gegen die sich diese Rüstungen richten, mit Waffen versorgt. Daher ergibt sich der zwingende Schluß, daß die Herstellung von Waffen zu verstaatlichen ist und gleichzeitig die Ausfuhr von Waffen ins Ausland verboten werden muß. Die Einwände, die dagegen erhoben werden, wollen wir besonders prüfen.

Feuilleton.

Vom Waisenhaus bis zur Fabrik.

Geschichte einer Proletarierjugend.

8] Mit der Anstalt war eine Pension verbunden, in der ältere Herren und Damen Aufnahme fanden. Diese kamen aber mit uns Kindern wenig oder gar nicht in Berührung. In meiner Erinnerung lebt nur noch ein alter Abbe fort, weil er in der Anstalt starb. Er wurde in dem im Hofe gelegenen Schulsaal, in dem wir das „Messe dienen“ übten, aufgebahrt. Zu seinen Häupten war das Bild des Ignatius von Loyola, des Stiffters des Jesuitenordens, aufgestellt, und in den Händen hielt er den Kelch. Bekleidet war er mit Kirchengewändern. Auch von unsern Schwestern ist, wenn ich mich recht entsinne, in dieser Zeit eine gestorben. Das waren dann für uns Kinder Zeiten schlimmer Art. Denn wir fürchteten uns alleamt vor den Toten gar sehr. Wir getrauten uns vor lauter Angst kaum aufzutreten. Es war geradezu grauig, wie sehr wir uns fürchteten. Das machte aber unsre Erziehung, die weniger auf der „Furcht vor dem Herrn“, als der Furcht vor dem Teufel aufgebaut war. Es kam schließlich so weit, daß wir uns am hellen lichten Tag nicht mehr allein auf den Speicher zu gehen getrauten aus Furcht, daß „der Böse“ irgendwo lauern könne. Die frommen Schwestern liebten es, in dieser Beziehung mit

den stärksten Mitteln zu arbeiten und Himmel und Hölle — es ist das wörtlich zu nehmen — in Bewegung zu setzen, um brave, folgsame Kinder aus uns zu machen. Ich war schon lange Zeit in der Lehre, als ich immer noch „Teufelsängste“ auswand, wenn ich genötigt war, im Finstern zu Bette zu gehen. Ich eilte stets, was ich konnte, zu Bette zu kommen, und fühlte mich erst sicher und geborgen, wenn ich in den Federn vergraben lag und die Decke über den Kopf gezogen hatte. Nicht um viel Geld wäre ich damals etwa ohne Licht auf den Speicher gegangen, von einem nächtlichen Gang auf den Kirchhof ganz zu schweigen. Und gar die Angst vor der Geisterstunde! Die läßt sich überhaupt nicht schildern. Bis ich Soldat wurde und gezwungen war, der „Gefahr“ mutig ins Auge zu sehen, litt ich an der Furcht vor der Mitternachtsstunde, in der sich bekanntlich die „Geister“ Stillschweigen geben. So nachhaltig wirkte diese alberne Erziehungswelt in der Frühzeit der Kindheit auf mich ein.

Ein besonderes Erziehungsmittel unsrer frommen Erzieherinnen war die Aneiferung zur Nachfolge des „englischen Jünglings“, des heiligen Aloysius von Gonzaga. Von diesem erzählte man uns, daß er so keusch gewesen sei, daß er sich selbst in Gegenwart seiner Mutter schaute, seine Strümpfe von den Füßen zu tun und sie zu — entblößen. Diesen heiligen Jüngling, der mit fromm zur Seite geneigtem Kopfe in meiner Erinnerung fortlebt, versuchten wir denn auch damals entsprechend zu kopieren.

Gelegentlich bewirkten unsre Schwestern auch Gebetswunder. Wir beteten inbrünstig mit der oder jener Schwester um die Erfüllung eines kleinen Wunsches, etwa um Bonbons, und siehe da: hatten wir recht inbrünstig gebetet, dann fand sich auch regelmäßig das Erbetete ein — für uns ein Wunder. Wir hielten damals natürlich alles,

was geschah und uns unerklärlich war, für Wunder. Kritisch veranlagt waren wir alle nicht. Die bekannte Ausnahme, die ich aber nicht bildete, bestätigte auch hier nur die Regel. Daß man mit solchen Kindern, wenn sie erst erwachsen sind und in die Reihen der Wähler eintreten, Kiegelwände einrennen kann, bedarf kaum noch eines näheren Beweises. Es war also eine durchaus wohl erwogene, klug überlegte Erziehungsmethode, der man uns unterwarf. Wenn sie schließlich in einer Reihe von Fällen, wie zum Beispiel bei mir, nicht zu dem gewünschten Ziele führte, liegt es nicht zuletzt daran, daß die Verhältnisse sich stärker erwiesen als der gute Wille der frommen Schwestern.

Die eine Ausnahme unter uns bildete ein „kleiner Satan“, ein richtiger Cassenjunge mit allen Anzügen eines solchen, der eines Tags in die wohlbedeckte Lämmerherde hineingeriet. Der Junge, der uns zugesellt wurde, war ja wohl in der Tat ein kleiner Taugenichts, der gegen die frommen Schwestern die Junge ellenlang herausstekte. Er kannte allerlei kleine Kunststücke, und mit Entsetzen sahen die frommen Schwestern, wie das böse Beispiel unsre guten Sitten zu verderben drohte. Er hatte hundert tolle Einfälle, wenn der Tag lang war, und wollte sich auch in die über alle Maßen schöne Ordnung nicht fügen. Keine Strafen, kein Einsperren verfiel, bis eines Morgens der Vogel ganz ausgeflogen war. Die frommen Schwestern atmeten erleichtert auf: „Der böse Geist war von uns entwichen.“

Gebet und Arbeit, neben einem hübschen Schulunterricht und allerhand Spielerei, die beiden ersten Dinge natürlich vorhersehend, regelten unser tägliches Leben. Zur Messe gingen wir in die Pfarrkirche, in deren Krypta sich das Grab der Frau Karls des Dicken, Richarba, befindet. Unter dem Namen einer Heiligen nimmt sie ihren Namen *Katharina* an.